

Von wegen die jungen Leute, die Schüler des Landes, seien politisch desinteressiert und träge. Letzten Freitag gingen in 100 Städten der Bundesrepublik junge Menschen auf die Straße. Sie protestierten mit der Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Der landesweite Streik war nicht der erste und wird nicht der letzte sein. Die sogenannte „neue Wehrpflicht“ ist seit 2026 in Kraft, und eine Rücknahme dieser aggressiven Maßnahme und des Aufrüstungskurses – bis hin zu der von den politischen Eliten ausgerufenen Kriegsertüchtigung der Gesellschaft – liegt (noch) in weiter Ferne. Ein Zwischenruf von **Frank Blenz**.

Betroffen sind vor allem die jungen Menschen, die ganz andere – friedliche, verbindende, von Hoffnung getragene – Zukunftspläne haben als die Erwachsenen, die das Sagen haben. Die Jungen spüren, dass sie von den Erwachsenen im Stich gelassen und benutzt werden. Doch sie wehren sich zunehmend dagegen, und auch die friedliche Zivilgesellschaft steht mehr und mehr an ihrer Seite – unter anderem mit der Forderung, Frieden in die Lehrpläne der Schulen im ganzen Land aufzunehmen.

Groß! 100 Städte - Schülerstreik für Frieden, gegen Wehrpflicht und Aufrüstung

Was für ein schönes Alphabet, dachte ich: Aachen, Augsburg, Berlin, Bochum, Chemnitz, Cottbus, Dortmund, Dresden, Erfurt, Essen ... Hamburg ... Jena ... Zwickau. 100 Städte waren Austragungsorte des Friedens, des Neinsagens. Schüler protestierten mit ihrem „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Das war eine Initiative mit Herz, Verstand, Mut und Zukunftsgewandtheit. Ich empfand die Aktion als einen Erfolg, der über das Streiken in deutschen Kommunen hinausreicht: Sie wurde auch medial nicht an den Rand gedrängt, viele Medien berichteten. Weckt das Hoffnung?

Eine schöne wie selbstbewusste Überschrift lautete: „Wir wollen nicht kämpfen“. Ich kann nur beipflichten: Wozu auch? Wofür? Für wen? Warum kämpfen? Ist es nicht viel einfacher, lebensfreundlicher und richtiger, miteinander zu reden, sich die Hand zu reichen, zusammenzuarbeiten und so weiter? Kinder und Jugendliche lernen so etwas eigentlich in Kindergärten und Schulen: Dialog, Rücksicht, Deeskalation. Kinder und Jugendliche sind von Natur aus liebevolle, rücksichtsvolle Wesen. Wie sie sich weiterentwickeln, dafür sorgen auch die erziehenden Erwachsenen. Man kann den einen Weg beschreiten, den friedvollen. Oder sind Ellenbogen und Kampf doch besser? Abschrecken? Feindbilder hegen und pflegen? In unserer Gesellschaft haben gerade die zuletzt genannten Verhaltensweisen Konjunktur. Alternativlos, heißt es. Wie hohl, wie verlogen, wie böse ist das! Doch Kinder und Jugendliche merken das.

Eisiger Wind weht den Jungen entgegen: fiese Gegenmaßnahmen von den Alten

Die „Schulstreik gegen Wehrpflicht“-Aktionen sind in finsternen Zeiten wie diesen Lichtbringer im Dunkel. Die Schülerstreiks haben am Freitag viele Schüler zusammengeführt. Langer Beifall! Sie sind die richtige Fortsetzung der Aktionen im Frühjahr. Ja, zugegeben, die überaus konzertierte, kraftvolle Geschichte ist sehr professionell vorbereitet und durchgezogen worden. Ein paar Schülersprecher im Verbund hätten die mächtige Demonstration, den Protest und den politischen Widerstand gegen das Establishment dieser Bundesrepublik 2026 nicht stemmen können. Doch gerade eine solche kraftvolle Bündelung – inklusive eigenem Webauftritt – war und ist zwingend notwendig. Denn dem Recht der jungen Leute auf Protest, ihrem in allen Punkten berechtigten Widerspruch stand und steht ein subtiler bis offener Widerstand etablierter Strukturen und Akteure gegenüber. Gemeinsam ist man stark.

Was ich in führenden Medien dazu nicht fand: dass Protest gegen die Bundeswehr, gegen den Bundesverteidigungsminister – anders als behauptet – vonseiten gewisser Kreise nicht erwünscht ist. Mehr noch: Der Protest wurde behindert, Schüler wurden bedrängt, bedroht, eingeschüchtert, verhaftet. Schulleitungen, Justiz und Polizei waren und sind Akteure gegen eine Jugend, die nicht spurt.

Lügen, Attestpflicht, Einsperrungen, Verhaftungen. Was treibt Schulleitungen dazu, sich gegen die Schüler und auf die andere Seite zu stellen? Gehören sie etwa generell *dazu*?

Am 05.12. sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht seien großartig – sie zeigen, was man in diesem Land alles machen könne. Gleichzeitig behauptet die Bundeswehr, sie kämpfe auch dafür, dass man auch gegen sie sein könne. Dass das Lügen sind, zeigte sich am vergangenen Donnerstag am 05.03. mit Attestpflicht, Einsperrungen in Schulen und Verhaftungen.

In Schweinfurt, Kassel und weiteren Städten verhängten Schulleitungen für den 05.03. eine Attestpflicht, um Schüler*innen durch den Druck von Fehlstunden von den Streiks fernzuhalten. Doch in mehr als 130 Städten schlossen sich 50.000 SchülerInnen zusammen und sagten klar: Was sind schon ein paar Fehlstunden, wenn uns Kriegsdienst oder sogar der Tod im Schützengraben drohen.

Währenddessen verschlossen in Stuttgart und Bonn Schulleitungen die Schultore, als die Streikdemonstrationen an den Schulen vorbeiliefen, um Schüler*innen davon abzuhalten, sich den Streiks anzuschließen. Auch hier

leisteten Schüler*innen Widerstand und zeigten damit: Nicht mit uns!

In Berlin und München griff die Polizei zu Verhaftungen: Rufe und Plakate mit der Aufschrift »MERZ LECK EIER« und »Merz, stirb doch selbst an der Ostfront« waren Grund genug, um Schüler*innen festzunehmen. Die Demonstrationen hielten dagegen. In Berlin hallte es durch die Straßen: Welchen Monat haben wir? – März! Was sagen wir dazu? – Leck meine Eier!

Quelle: [Schulstreikgegenwehrpflicht](#)

Klassenzimmer, Schulen: Orte der humanistischen Bildung - schön wär's

Weiter las ich eine andere, ebenfalls schöne Überschrift: „Klassenzimmer leer für den Frieden“. In Berlin gelang es sogar, bereits den vierten Schulstreik gegen die drohende Wehrpflicht auf die Beine zu stellen. Inwieweit die Berliner Schüler von ihren Lehrern in ihren Anliegen bestärkt und unterstützt werden, kann ich nicht sagen. Doch das Thema Frieden steht mit all seinen Facetten zunehmend landesweit auf der Tagesordnung. Und eine Petition fordert endlich: Frieden in den Lehrplan! Das weckt Hoffnung. Dass Frieden bis heute nicht systematisch in deutschen Lehrplänen verankert ist, lässt tief blicken. Umso aktueller und notwendiger ist daher die zentrale Forderung der Petition:

FRIEDEN IN DEN LEHRPLAN!

- Friedensbildung von der Grundschule bis zur Oberstufe in die Curricula aufnehmen
- Friedensbildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken
- Mehr Fachleute für Friedensbildung an die Schulen, statt nur Jugendoffiziere der Bundeswehr

Quelle: [Propeace](#)

Militarismus in Schulen - nicht erst seit 2026 Streitobjekt

Statt Lehrplänen für den Frieden gibt es eine verstärkte Präsenz der Bundeswehr an den

Schulen. Und darüber wurde schon vor vielen Jahren geklagt! Damals gab es noch keine Kriegsertüchtigung, der Russe war noch nicht der absolute Feind, und die atemlose Aufrüstung lag scheinbar noch in weiter Ferne. So gab es laut einem [Aufsatz der Bundeszentrale für politische Bildung](#) schon 2013 Streit um den Frieden in der Schule – über die verstärkte Präsenz der Bundeswehr an den Schulen und bei der Ausbildung des Lehrpersonals.

Eine Koalition aus Friedensinitiativen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und kirchlichen Organisationen forderte seinerzeit dagegen „Schulen ohne Militär“ und einen Ausbau der „Friedensbildung“.

Nun schreiben wir das Jahr 2026, und die Katastrophe nimmt weiter ihren Lauf. Schulen ohne Militär gibt es nicht, die Friedensbildung liegt auf Eis. Umso wichtiger ist eine Initiative wie „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. 100 Demonstrationen sind sicher nur ein kleiner Beitrag gegen den bellizistischen Wahnsinn der politischen Entscheidungsträger und ihrer Gefolgschaft. Doch ihnen sei durch den Pressesprecher der Initiative ausgerichtet: Man wolle so lange streiken, bis die Wehrpflicht vom Tisch sei ...

Titelbild: Wenig Boese / shutterstock.com